

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe
Staatssekretär



Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin
Bezirksamt Mitte von Berlin
Abt. Soziales und Bürgerdienste
Herrn Bezirksstadtrat
Carsten Spallek
Rathaus Tiergarten
Mathilde-Jacob-Platz 1
10551 Berlin

Geschäftszeichen (bitte angeben)

II AbtL

Dr. Anna Hochreuter

Tel. +49 30 9013 - 8300

anna.hochreuter@senweb.berlin.de

elektronische Zugangseröffnung

gemäß § 3a Absatz 1 VwVfG

Martin-Luther-Straße 105,

10825 Berlin

30. Januar 2024

Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Mitte (DS 0800/VI): Unterstützung der Bewohnenden der „Pflege und Wohnen Schillerpark“ in der Müllerstr. 56-58

Sehr geehrter Herr Spallek,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 21.11.23, in dem Sie auf den Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Mitte zum Problem der Gewerbemieten hinweisen. Neben der großen sozialen Frage nach bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt, ist die Bezahlbarkeit von Gewerbemieten und Mieten für Räume für Soziales und Kultur gleichermaßen wichtig. Hier geht es auch um die soziale Infrastruktur unserer Stadt, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unabdingbar ist. Das Problem mit den Auswirkungen der steigenden Gewerbemieten auf die „Berliner Mischung“ in unseren Kiezen, wird in meinem Haus schon lange gesehen. Daher ist einer unserer Schwerpunkte die Sicherung und der Ausbau von Gewerbeflächen in dieser Stadt.

Da das Mietrecht, inklusive des Gewerbemietrechts bundesgesetzlich geregelt ist, hat die SenWiEnBe zusammen mit SenJustV in der vergangenen Legislaturperiode eine Bundesratsinitiative erarbeitet und auf den Weg gebracht, die aber leider seinerzeit keine Mehrheit gefunden hat. In Vorbereitung dieser Initiative sind auch zwei Gutachten erstellt worden, eins von der SenSBW zu den Möglichkeiten im Rahmen des §72 BauGB (2021) und ein empirisches Gutachten zur Entwicklung des Gewerbemietrechts von „empirica“ (2020). Die Erkenntnisse sind in die damalige BR-Initiative eingeflossen. Wir haben uns auch in der



neuen Landesregierung wieder zum Ziel gesetzt, mit einer erneuten Bundesratsinitiative die Bundesregierung aufzufordern, einen Gewerbemietenspiegel zu prüfen.

Sollte der Bund selber eine Initiative zur Reform des Gewerbemietenrechts ergreifen, wird mein Haus erneut im Interesse der gewerblichen Mieterinnen und Mieter, zu denen auch soziale Einrichtungen gehören, tätig werden. Auf Landesebene können vor allem Gewerbebehörden, um deren Einrichtung und Ausweitung sich mein Haus in Zusammenarbeit mit der WISTA einsetzt, und ggf. gewerbliche Erhaltungssatzungen und Vorkaufsrechte eine gewisse Linderung des Problems bewirken.

Das Thema bleibt also auf allen Ebenen eine politische Herausforderung, die wir gemeinsam angehen müssen. Ich werde mich bezüglich der Betroffenheit in Ihrem konkreten Fall, sowie weiterer Sozialer Träger, auch nochmal mit Staatssekretärin Haußdörfer austauschen.

Mit freundlichen Grüßen


Michael Biel